



Europa Newsletter

Sabine Verheyen

Ihre CDU-Europaabgeordnete

Oktober II 2022

Diese Woche wurden im Europäischen Parlament eine Reihe neuer Vorhaben beschlossen. Thematisiert wurde das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission, die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum sowie die Ukraine-Resolution. Außerdem haben wir erneut die Rechtsstaatlichkeit in Malta beraten, denn die Ermordung von Daphne Caruana Galizia hat sich zum fünften Mal geäußert.

Aus dem Plenum

Arbeitsprogramm der EU-Kommission

Die drastischen Folgen des russischen Angriffskrieges bekommen wir in Europa auch durch explodierende Energiepreise zu spüren. Aufgrund dieser enormen finanziellen Belastungen sind die aktuellen Zeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen in ganz Europa besonders herausfordernd. Wir müssen nun alle dazu beitragen, unsere Wirtschaft nicht zusätzlich zu schwächen.

Die EU-Kommission muss daher ihr Arbeitsprogramm auf das Wesentliche beschränken. Neue Gesetzgebung sollte nur dann auf den Weg gebracht werden, wenn sie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlastet. Sie muss neue Möglichkeiten eröffnen, um Planungssicherheit zu schaffen.

Es ist positiv zu bewerten, dass die EU-Kommission besonders komplexe und belastende Gesetzesvorhaben wie die Chemikalienregulierung REACH verschieben wird. Auch die Ankündigung einer Prüfung der Gesetzgebung im Hinblick auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit ist ein positives Zeichen. Dennoch hätte es deutlichere Signale gebraucht, wie beispielsweise die Rücknahme des Lieferkettengesetzes. Auch an der umstrittenen Pflanzenschutzverordnung wird nach wie vor festgehalten. Die CDU/CSU-Gruppe fordert daher weiterhin einen Belastungsstopp.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Beitritt Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum

Der Schengen-Raum ist eine europäische Erfolgsgeschichte und das Herzstück des europäischen Projektes. Dank Schengen werden Barrieren abgebaut, Bürgerinnen und Bürger einander nähergebracht sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit enorm gestärkt. Der Schengen-Raum schützt mit seinen strengen Anforderungen gleichzeitig unsere Außengrenzen.

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens können wir unseren Schengen-Raum noch weiter ausbauen und können die Außengrenzen zusätzlich stärken. Beide Länder erfüllen schon seit mehreren Jahren die nötigen Anforderungen. Sie meisterten nicht nur strikte Pandemiebeschränkungen, sondern ebenfalls zahlreiche Migrationskrisen. Der Ausschluss von Schengen ist demzufolge diskriminierend und behindert den EU-Binnenmarkt. Daher fordern wir als Europäisches Parlament den Rat auf, Bulgarien und Rumänien den Zugang zum Schengen-Raum zu gewähren.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Rechtsstaatlichkeit in Malta – fünf Jahre nach der Ermordung von Daphne Caruana Galizia

Am 16. Oktober 2017 wurde die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia ermordet. In einem Europa, welches auf Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit basiert, ist eine schändliche Tat wie diese schlicht inakzeptabel. Die Aufarbeitung des Falls erfolgt quälend langsam. Bisher ist nur ein Auftragsmörder verurteilt worden, die Verfahren gegen die anderen mutmaßlichen Täter und den mutmaßlichen Drahtzieher gehen nur schleppend voran.

Nach fünf Jahren wissen wir noch immer nicht mehr über die Ermittlungen und die Verwicklung maltesischer Politiker in den Mord. Dabei steht mittlerweile fest, dass Daphne Caruana Galizia wegen ihrer investigativen Recherche über die Korruption der maltesischen Regierung sterben musste. Malta ist aufgrund seiner sozialistischen Regierung zu einem strukturellen Problem für die Rechtsstaatlichkeit Europas geworden.

Die EVP wird sich weiterhin für Gerechtigkeit für Daphne Caruana Galizia einsetzen und an ihre Ermordung erinnern.

[Erhalten Sie hier mehr Informationen zum Thema.](#)

Ausbau Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR-Richtlinie)

Die aktuelle Energiekrise zeigt mehr als deutlich, dass die Zukunft mit einer Vielzahl verschiedener Technologien gestaltet werden muss, um möglichst unabhängig von fossilen Kraftstoffen zu sein. Es ist folglich an der Zeit, dass wir einen deutlichen Impuls für den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe setzen.

Die Mitgliedsstaaten sind bis 2025 in der Pflicht, entlang der europäischen Hauptverkehrswege alle 60 km einen Ladestandort für Elektrofahrzeuge zu errichten. Außerdem sollen alle 100 km Wasserstofftankstellen entstehen. Um die finanzielle Realisierbarkeit dieses Vorhabens zu gewährleisten, darf die Distanz der Ladestationen bei wenig befahrenen Straßen von 60 km auf maximal 100 km vergrößert werden.

Für CDU/CSU ist es wichtig, dass der Ausbau schnell in ganz Europa erfolgt und die Infrastruktur einfach zu nutzen ist. Mit dem für 2035 vorgesehen Ende für den Verbrennungsmotor wird der Bedarf an Lade- und Betankungsinfrastruktur in Europa sehr schnell deutlich wachsen. Wenn in ganz Europa keine Verbrenner mehr verkauft werden dürfen, muss auch in ganz Europa die notwendige Infrastruktur vorhanden sein.

[Lesen Sie hier weiter.](#)

Ukraine-Resolution: Solidarität und Notfallhilfe für Kultur und kulturelles Erbe

Der CULT-Ausschuss hat einen Entschließungsantrag zur Solidarität und Notfallhilfe für Kultur und kulturelles Erbe als Antwort auf den Angriff Russlands und die Zerstörung des kulturellen Erbes in der Ukraine angenommen. Somit können neue Mechanismen der Zusammenarbeit für den Wiederaufbau der Kultur und für künftige Notfälle entwickelt werden.

Wir fordern die Kommission auf, einen geeigneten rechtlichen und steuerlichen Rahmen für solch grenzüberschreitende Maßnahmen vorzuschlagen. Des Weiteren muss die Kultur in alle wichtigen politischen Prioritäten der EU einbezogen werden, z. B. in die Klimaschutzpolitik, die digitale Transformation, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die internationalen Beziehungen.

[Erfahren Sie hier mehr.](#)

Sacharowpreis für geistige Freiheit an das ukrainische Volk

Das Europaparlament verleiht in diesem Jahr den renommierten Sacharowpreis für geistige Freiheit an das ukrainische Volk. Damit zeichnen die Abgeordneten den Kampfeswillen und den Mut der Ukrainer und Ukrainerinnen aus, die sich mit aller Kraft gegen die russischen Angriffe auf ihr Land stemmen. Sie kämpfen auch für uns Europäer, um den russischen Imperialismus zu stoppen und ein friedliches Zusammenleben unter den Völkern Europas zu sichern. Mit der Auszeichnung erkennt das Europaparlament die Leistung des ukrainischen Volks für die universellen und europäischen Werte an.

Gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden hat Parlamentspräsidentin Roberta Metsola den diesjährigen Preisträger ausgewählt. Nominiert waren in diesem Jahr neben dem ukrainischen Volk auch Julian Assange sowie die kolumbianische Wahrheitskommission. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird am 14. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen.

[Lesen Sie hier weiter.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)